

Afghanistan: Menschen retten! Jetzt!

Seit Monaten sind die Taliban auf dem Vormarsch. Sie erobern nicht nur immer mehr Dörfer, sondern auch Provinzhauptstädte wie Kundus, Faisabad, Masar e Scharif. Alles Städte, in denen die Bundeswehr über Jahre stationiert war. Heute wird Kabul unter die Kontrolle der Taliban fallen.

Die bisherigen Einschätzungen der Bundesregierung haben sich alle als falsch herausgestellt. Zumindest in Teilen hat man dies nun auch erkannt und plant eine Rückholaktion für deutsche StaatsbürgerInnen und Ortskräfte.

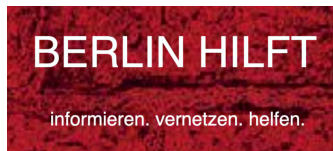
Die Zeit überholt jedoch jede zögerliche und auch kontroverse politische Diskussion. Zudem sind die Taliban keine Regierung, mit der man irgend etwas verhandeln und vereinbaren könnte.

In Afghanistan geht es nicht mehr darum, wer in welcher Provinz die Vorherrschaft gewinnen kann und was an diesem Land noch „sicher“ sein soll. KünstlerInnen, JournalistInnen, AktivistInnen, Frauen oder Menschen mit LSBTIQ-Hintergrund werden gezielt ermordet, ebenso diejenigen, die mit der afghanischen Regierung und Ausländern zusammengearbeitet haben. Laut UN wurden allein im letzten Monat mehr als 1.000 Zivilist:innen getötet. Die Zahl der Kinder, die im Krieg sterben, steigt laut UN von Tag zu Tag. Zusätzlich zur Gewalt des Krieges haben die Menschen in Afghanistan massiv unter Corona sowie unter einer Dürre und einer damit einhergehenden Hungersnot zu kämpfen.

Kanada hat unlängst ein Resettlement-Programm für 20.000 Afghan:innen beschlossen. Die Kapazitäten für ein ähnliches Aufnahmeprogramm sind in Deutschland vorhanden. Die deutsche Regierung hatte mit rd. 3.300 mehr Soldaten als Kanada im Land stationiert, und dadurch auch mehr Menschen durch ihre Zusammenarbeit gefährdet. Nach 20 Jahren Einsatz trägt die deutsche Regierung gegenüber den Menschen in Afghanistan eine Verantwortung, die direkt und indirekt für Deutschland oder NGOs gearbeitet haben.

Da die Taliban nun binnen weniger Tage die Macht im Lande komplett übernehmen werden, ist nun auch endlich ein entschlossenes und unbürokratisches Handeln erforderlich:

1. Sofortige Evakuierung aller Menschen mit ihren Familien, die für deutsche Organisationen und Ministerien gearbeitet haben, ohne weiteren zu prüfenden Einzelnachweis einer Bedrohung, Visum-Ausstellung in Deutschland, Evakuierung auch ohne Reisepass, nur mit Ausweis.
2. Bisher dürfen ausschließlich ehemalige Mitarbeitende deutscher Ministerien, der GIZ und der KfW aufgenommen werden, und dies auch nur dann, wenn sie in den letzten beiden Jahren dort gearbeitet haben. Diese Begrenzung muss zwingend aufgehoben werden, um auch denen zu helfen, die trotz länger zurückliegender Arbeitszeit dennoch jetzt bedroht werden.
3. Ausweitung der Aufnahme auch auf alle MitarbeiterInnen von NGOs wie z.B. der Caritas. Für diese Menschen gilt das Gleiche wie für MitarbeiterInnen der Bundeswehr.
4. Erweiterung der mit zu schützenden Familienangehörigen auf alleinstehende junge erwachsene Kinder, insbesondere junge Frauen. Unverheiratete Frauen werden an Talibankämpfer zwangsweise verheiratet.
5. Resettlement-Programm für besonders Gefährdete: Journalist:innen, Künstler:innen, Aktivist:innen, Frauen - mit Evakuierung nach Deutschland und mind. 30.000 Menschen.
6. Schnellen und unbürokratischen Familiennachzug für die Angehörigen der AfghanInnen, die bereits in Deutschland leben und ein legales Recht auf den Nachzug ihrer PartnerIn und gemeinsamer Kinder haben.



Seit Jahren warten viele von ihnen auf einen Termin bei der Deutschen Botschaft in Neu-Delhi, weil die deutsche Botschaft in Kabul geschlossen ist. Diese Prozesse müssen dringend massiv beschleunigt und entbürokratisiert werden, um Menschen, deren Rechte ausschließlich aufgrund der Verzögerungen durch deutsche Bürokratie bisher eingeschränkt wurden, nun nicht auch noch hierdurch einer lebensgefährlichen Gefährdung auszusetzen.

7. Sofortige psychologische Unterstützung nach Ankunft in Deutschland für diejenigen, die jetzt noch herausgeholt werden. Gleiches gilt für die AfghanInnen, die hier leben und seit Jahrzehnten auch weiter indirekt von Kriegseinflüssen in ihrem Heimatland betroffen sind.

8. Unbürokratische Anerkennung (auch nachträglich) von Menschen aus Afghanistan als Kriegsflüchtlinge. Menschen, die bisher nur ein Abschiebungsverbot erhalten haben, müssen vom BAMF nun ebenfalls als Flüchtlinge anerkannt werden, ohne ein neues Verfahren abwarten zu müssen. Zudem fordern wir die Aussetzung bzw. den Abschluss aller noch laufenden Widerrufsverfahren für Menschen aus Afghanistan.

9. Aufhebung aller Duldungen und Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen nach § 25 Abs. 5. und Erlass eines bundesweiten Abschiebestopps.

10. Sofortiger Start einer humanitären Hilfsaktion für Menschen, die entweder als Binnenflüchtlinge mittel- und hilflos sind oder durch die Dürre keine ausreichende Nahrung haben.

Der zeitliche Horizont für alle wesentlichen Maßnahmen ist dabei nicht etwa Wochen oder Tage, sondern MORGEN! Dazu müssen auch Angebote der USA wahrgenommen werden, die mit 3.000 Soldaten ihre eigenen Evakuierungsmaßnahmen absichern. Bisher wurde dieses Angebot von Deutschland abgelehnt.

Nun gibt es jedoch keinerlei Zeit mehr, sondern nur noch ein entschlossenes Handeln, um Menschen zu retten.

Retten Sie die Menschen! JETZT!